16. Wahlperiode

Drucksache **16/8357**

HESSISCHER LANDTAG

11. 12. 2007

Zur Behandlung im Plenum vorgesehen

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

betreffend mit links steigt Hessen ab

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass ein Linksbündnis aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zu einem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg Hessens führen würde.

2. Der Landtag wendet sich gegen linke Ideologien, die aus falsch verstandener Verteilungsmentalität den wirtschaftlichen Aufstieg Hessens gefährden und die Menschen in Hessen um Wohlstand und Arbeitsplätze bringen. Die Erhebung einer Vermögensteuer würde zu einem erheblichen Nachteil im nationalen und internationalen Steuerwettbewerb führen. Auch die vom Linksbündnis propagierte Wiedereinführung der Grundwasserabgabe stellt eine hohe zusätzliche Belastung insbesondere für die hessischen Bürgerinnen und Bürger dar. Das Linksbündnis enttarnt sich somit zunehmend als Steuererhöhungsbündnis.

3. Der Landtag bekennt sich zum Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden, um die heute bestehenden rund 70.000 Arbeitsplätze zu sichern und die Chance auf 43.000 neue Arbeitsplätze zu eröffnen.

4. Der Landtag spricht sich für weitere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur inklusive Straßenbau aus, um den Regionen und Hessen insgesamt weitere Entwicklungsperspektiven für die Zukunft zu geben.

5. Der Landtag möchte auch in Zukunft eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für Bürgerinnen und Bürger sowie hessische Unternehmen sicherstellen. Ziel ist der Ausbau erneuerbarer Energien, bis mittelfristig ein Verzicht auf sichere und klimaschonende Kernenergie möglich ist. Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Zuverlässigkeit der Energieversorgung dürfen jedoch nicht durch einen überhasteten Ausstieg aus der Kernenergie gefährdet werden.

6. Der Landtag spricht sich für den Erhalt und Ausbau des gegliederten Schulsystems mit berufsorientierten Hauptschulen und leistungsfähigen Realschulen und Gymnasien aus, damit auch in Zukunft jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden kann. Der Landtag lehnt die Einführung einer Zwangseinheitsschule ab, weil sie Kinder auf niedrigem Niveau gleichmacht, leistungsstarke Schülerinnen und Schüler unter- und leistungsschwache überfordert. Entgegen den Forderungen des Linksbündnisses fordert der Landtag den Erhalt der Schulvielfalt und Schulwahlfreiheit für Eltern, Schüler und Lehrer.

7. Hessen muss sicher bleiben. Dazu müssen Polizei und Ermittlungsbehörden weiter wirksam Terrorismus und organisierte Kriminalität bekämpfen können. Der Landtag befürwortet daher die Einführung einer Online-Durchsuchung und die Strafbarkeit der Teilnahme an Terror-Camps. Das Erfolgsmodells Freiwilliger Polizeidienst muss beibehalten und ausgebaut werden.

Wiesbaden, 11. Dezember 2007

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Eingegangen am 11. Dezember 2007 · Eilausfertigung am 11. Dezember 2007 · Ausgegeben am 14. Dezember 2007
Druck und Auslieferung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden